Ä8 Chinapolitik menschenrechtsorientiert gestalten

Antragsteller*in: David Missal (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu A50NEU

Von Zeile 10 bis 12 einfügen:
Systeme“. Wir unterstützen die Demokratiebewegung in Hongkong und wollen auf zivilgesellschaftlicher Ebene den Austausch mit China intensivieren. Europa muss auf die massiven Menschenrechtsverbrechen in China eine klarere Antwort finden, dazu gehören auch wesentlich weitreichendere personenbezogene Sanktionen als bisher – insbesondere gegen die Führungsriege der Kommunistischen Partei Chinas. Es braucht dennoch einen konstruktiven Klima-Dialog mit China und wir streben gemeinsame

Begründung

Im März verhängte die Europäische Union zum ersten Mal nach mehr als 30 Jahren wieder Sanktionen gegen China: Gegen eine Polizeibehörde und vier Beamte mittleren Ranges. Diese Sanktionen dürfen nur ein erster Schritt sein. Wir sollten uns klar positionieren, dass die bisher verhängten Sanktionen nicht ausreichen. Mit den bisherigen Sanktionen werden nur die Menschenrechtsverbrechen in Xinjiang bestraft. Die Situation in Tibet, Hongkong und im Rest Chinas bleibt außen vor. Auch hier braucht es dringend Sanktionen.

Eine echte Politikänderung seitens der chinesischen Regierung wird sich nur erreichen lassen, wenn die gesamte Führungsriege der Kommunistischen Partei in wesentlich größerem Ausmaße als bisher mit Sanktionen belegt wird. Denkbar wäre daher, sämtliche Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei zu sanktionieren. Dieser Personenkreis trifft die wesentlichen Entscheidungen in China und profitiert von der Unterdrückung der eigenen Bevölkerung. Dieser Personenkreis muss daher die Folgen der eigenen Politik zu spüren bekommen, wenn er dann etwa nicht mehr auf seine Finanzreserven in der EU zugreifen kann.